



RIGG-Infos

Von den Runden Tischen
für die Runden Tische

Ausgabe 26 April 2017

Inhalt:

Vorwort	1
Informationen aus den Regionalen Runden Tischen	2
Sonstige Informationen und Veranstaltungshinweise	5
Informationen von der Landes- ebene	7
Anlagen	9

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe finden Sie wie gewohnt Informationen der Regionalen Runden Tische und anderer Organisationen sowie von der Landesebene zu kommenden oder vergangenen Veranstaltungen, Fachtagungen oder zu guten Beispielen aus der Praxis.

Zur nächsten Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) am 15. Mai 2017 in Mainz zum Schwerpunktthema „Geflüchtete Frauen und Gewalt“ sind Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Runden Tische herzlich eingeladen.

Wenn Sie teilnehmen möchten und noch nicht angemeldet sind, sollten Sie dies schnellstmöglich tun, denn Anmeldeschluss ist schon am 2. Mai 2017! Alle Informationen zur Sitzung des LRT finden Sie ab Seite 7.

Damit die Informationen aus den RIGG-Infos breit gestreut werden, darf ich Sie wie immer dazu ermuntern, den Infobrief an die Mitglieder Ihrer (regionalen) Gremien weiterzuleiten.

Beate Stoff

Herausgegeben und visdp von

Büro Plan B
Dipl.-Päd. Beate Stoff
Am Obstgarten 43
54317 Osburg

Fon 06500-913104
Fax 06500-913106
Buero-PlanB@gmx.net

RIGG - das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen - wurde im Oktober 2000 aufgrund eines einstimmigen Landtagsbeschlusses vom August 1999 eingerichtet und engagiert sich seitdem bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die Umsetzung des RIGG gliedert sich in zwei Phasen: die Modellphase vom Juni 2000 bis Oktober 2003 und die jetzige Umsetzungsphase, in der seit November 2003 die Ergebnisse der Modellphase umgesetzt und das Hilfesystem für betroffene Frauen und ihre Kinder ständig weiterentwickelt werden. Die Koordination erfolgt durch das Referat "Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenssituationen" beim Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. Zum RIGG gehören der Landesweite Runde Tisch (LRT), mehrere thematische Fachgruppen (überregional und interdisziplinär besetzt) sowie derzeit 22 Regionale Runde Tische (RRT). Ein Schaubild zur Struktur von RIGG können Sie auf der RIGG-Homepage einsehen.

Informationen aus den Regionalen Runden Tischen

RRT Bad Kreuznach

Netzwerkkonferenz in Bad Kreuznach

Die diesjährige Netzwerkkonferenz findet am Mittwoch, 10. Mai 2017, von 13.00 bis 16.30 Uhr im Sitzungssaal der Kreisverwaltung Bad Kreuznach statt, sie befasst sich mit dem Thema „Demographische Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel – Auswirkungen auf Familien und Institutionen“.

RRT Birkenfeld

Weiterbildung EFT- Klopfakupressur

Der Frauennotruf Idar-Oberstein bietet in Kooperation mit dem Zentrum für EFT & TRAUMA EFT Seminare und Weiterbildungen für BeraterInnen, PsychotherapeutInnen, ÄrztInnen und andere interessierte Menschen an.

EFT steht für „Emotional Freedom Techniques“ und ist eine hochwirksame Technik, mit der sich jede Form von (emotionalen) Stress reduzieren lässt, egal ob er durch eine aktuelle oder vergangene Situation entstanden ist. Auch Ängste vor Ereignissen, die in der Zukunft liegen, können mit der Methode entstress werden.

EFT eignet sich für die Beratungs- und therapeutische Arbeit, kann aber auch nur zur Selbstanwendung gelernt werden. Besonders in der Arbeit mit traumatisierten Menschen überzeugen die Klopfakupressur-Techniken und sie lassen sich mit weiteren hilfreichen Ansätzen und Methoden zur Stabilisierung bis hin zur Auflösung traumatischer Ereignisse kombinieren. Auch bei Bindungstrauma kann Klopfakupressur sehr hilfreich eingesetzt werden und beschleunigt den Selbstanbindungs-Prozess.

EFT wurde in den 90er Jahren von Gary Craig auf Grundlage der „Thought Field Therapy“ (TFT) des Psychotherapeuten Dr. Roger Callahan weiterentwickelt und so vereinfacht, dass sie auch als Selbsthilfemethode genutzt werden kann. Inzwischen gibt es verschiedene Nachahmer der Methode wie Dr. Michael Bohne (PEP), Rainer Franke (MET), Thomas Weil (ROMPC).

Die nächste Möglichkeit, die Methode kennen zu lernen, ist am 26. / 27. August 2016 mit dem Modul 1. Ab 2018 beginnt die nächste Weiterbildung

mit drei aufbauenden Modulen (insgesamt 80 UStd.) und 2 Supervisionstagen (16 UStd). Mehr Infos unter www.eft-und-trauma.de oder www.frauennotruf-idar-oberstein.de.

RRT Cochem-Zell

Im Arbeitskreis „Gewalt in engen sozialen Beziehungen im Landkreis Cochem-Zell“ wurde in der letzten Sitzung am 03. April 2017, zu der auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen war, die Täterarbeit vorgestellt. Anette Pook, Mitarbeiterin der Beratungsstelle "Contra Häusliche Gewalt", berichtete über das Konzept ihrer Arbeit, über Schwierigkeiten und Erfolge. Dabei ging sie detailliert die einzelnen Schritte ihrer Arbeit durch und verschaffte so den interessierten Zuhörenden einen eindrucksvollen Einblick in ihre Arbeit.

Außerdem stellte Herr Einig von der Staatsanwaltschaft Koblenz Inhalt und Intention der Opferberichterstattung vor.

Selbstbehauptungstraining für Frauen: Frauen üben selbstbewusstes Auftreten

Sandra Holzknecht und Marcel Busch vom Turnverein Cochem bieten regelmäßig unter dem Motto: „Frauen stärken“ ein fachkundiges Training an. Antworten auf die Frage: „Wo lauern die meisten Gefahren?“ wurden in der Gruppe erarbeitet. Im praktischen Teil galt es, typische Abwehrsituationen „im Zweikampf“ einzuüben.



Der Arbeitskreis Gewalt in engen sozialen Beziehungen bietet zusammen mit dem TV Cochem regelmäßig dieses Training an.

Elisabeth Schmitt, Kreisvorsitzende des WEISSEN RINGES und Mitinitiatorin des Trainings resümiert: „Auch dieses Mal konnten die Teilnehmerinnen, Frauen im Alter von 14 bis 70 Jahren, gemeinsam ihre Stärken erkennen, um sich selbstbewusst im Falle eines Angriffs zu verteidigen.“

Weitere Infos zu Training und weiteren Terminen erhalten Sie von der Gleichstellungsbeauftragten Hedwig Brengmann, Tel. 02671/61690, hedwig.brengmann@cochem-zell.de

RRT Eifel

Die nächste Sitzung findet am 23. Mai 2017 um 14.00 Uhr in der Kreisverwaltung Bitburg statt. Themen der Sitzung sind „Fallzahlen GesB 2016/ Teil 2“ und „Kinder als Mitbetroffene bei GesB“.

AK Gewalt gegen Frauen und Kinder RRT Mainz und Mainz-Bingen

Modellprojekt zur Akutversorgung bei Vergewaltigung

Das Frankfurter Modell zur Akutversorgung bei Vergewaltigung kommt als Modellprojekt mit den Standorten Mainz und Worms nach Rheinland-Pfalz. Bei diesem Modell steht die medizinische Versorgung der Betroffenen im Vordergrund, ergänzt durch Informationen zur anonymisierten Befunddokumentation und örtlichen psycho-sozialen Anlaufstellen. Die kompletten Projektmaterialien, von Anleitungen zur medizinischen Versorgung bis hin zu dem Öffentlichkeitsmaterial, werden von Frankfurt übernommen. Das örtliche Fachpersonal hat die ersten Schulungen bereits abgeschlossen. Die Fertigstellung der Website ist für den September vorgesehen. Bei der Fachveranstaltung des AK zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen wird das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt.

RRT Region Koblenz

Arbeitskreis gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen Koblenz beriet zur medizinischen Akutversorgung bei Vergewaltigung

„Wenn ein verstauchter Knöchel ein Notfall ist, was ist dann eine Vergewaltigung?“

Seit einiger Zeit macht eine Plakatkampagne in Frankfurt mit diesem Satz und ähnlichen Sätzen auf das erfolgreiche Konzept „Soforthilfe-nach-Vergewaltigung“ aufmerksam. Auch in anderen Städten in Hessen garantiert es eine kompetente und umfassende Erstversorgung für Betroffene von sexualisierter Gewalt. Wenn die Verletzten es sich wünschen, ermöglicht es auch eine vertrauliche Spurensicherung.

Dem „Arbeitskreis gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen Koblenz“ wurde dieses Konzept jetzt auf Anregung des Koblenzer Frauennotrufs vorgestellt. Referentin Regina Mayer vom Wormser Frauennotruf machte deutlich, dass eine tragfähige Kooperation von Kliniken, niedergelassenen Ärzt*innen, Justiz, Polizei, kommunaler Gleichstellungsstelle und Frauennotruf Basis für die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts „Soforthilfe-nach-Vergewaltigung“ ist. Gleichzeitig betonte sie, dass die Etablierung dieses umfassenden medizinischen und psychosozialen Versorgungsansatzes für alle daran Beteiligten erstaunlich wenig Aufwand bedeutet.

Eine kompetente professionelle Erstversorgung ist ausschlaggebend für die Verarbeitung erlebter sexualisierter Gewalt. Gleichzeitig ist sie von großer Relevanz für eine mögliche Anzeige. Das rheinland-pfälzische Frauenministerium strebt deshalb die flächendeckende Einführung des Konzepts „Soforthilfe-nach-Vergewaltigung“ an.

Die Mitarbeiterinnen des Koblenzer Frauennotrufs begrüßen dies und gehen davon aus, dass ein breites politisches Bündnis das Entstehen eines Kooperationsverbundes unterstützt.

Weitere Infos auf: www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de.

RRT Rhein-Westerwald

Drei Publikationen des RRT Rhein-Westerwald sind kürzlich erschienen:

1. "Gewalt in der Pflege - ein brisantes Thema mit Zukunft" (Lydia Kassing),
2. "Warum bekennen sich Männer nicht zu ihrem Opferstatus nach erlittener häuslicher Gewalt?" (Wilhelm Schlichter (Müller), B.A.)
3. "Ein schweres Erbe: Transgenerationale Weitergabe von Traumata" (Dr. Markos Maragos)

Alle Broschüren werden bei Interesse auch als pdf-Datei zugeschickt, Anfragen bitte direkt an gleichstellungsstelle@westerwaldkreis.de

RRT Speyer

Gewaltschutz für geflüchtete Frauen

Bei der Sitzung im Februar stand das Thema „Gewaltschutz für geflüchtete Frauen“ im Mittelpunkt. Silvia Bürger, Leiterin des Frauenhauses Speyer, hat die Aufgabe der Vernetzung der Frauenunterstützungseinrichtungen zum Thema „Gewaltschutz für geflüchtete Frauen“ übernommen und ist zusammen mit ihrer Kollegin Juliane Weber eine der drei Vernetzungsstellen in Rheinland Pfalz.

Sie gab einen Input zum Gewaltschutzkonzept des Landes, das sich zunächst auf die Landeseinrichtungen bezog, und diskutierte zusammen mit den TeilnehmerInnen die Frage, inwieweit das Konzept übertragbar für kommunale Einrichtungen sei.

Zwar waren bereits die Mitarbeitenden der Landeseinrichtung in Fragen des Gewaltschutzes geschult worden, nun wechselt aber komplett die ganze Belegschaft der Einrichtung - schade, denn man muss wieder von vorn anfangen.

Speyer trägt das Siegel „Stadt ohne Rassismus, Stadt mit Courage“, diese Einstellung prägt auch den Umgang mit den Flüchtlingen. SozialarbeiterInnen sind als Ansprechpersonen für die Flüchtlinge präsent, zur Polizei bestehen ständige Kontakte. Die Weiterbildungsmöglichkeiten städtischer MitarbeiterInnen sind gegeben.

Der Arbeitskreis sieht Ansatzpunkte besonders in zwei Bereichen: Information der männlichen Flüchtlinge zum Gewaltschutzgesetz und zur Gleichberechtigung und eine Fachveranstaltung zu Fluchtursachen.

RRT Trier

Die nächste Sitzung findet am 28. Juni 2017 von 9.00 bis 11.30 Uhr im Sitzungssaal der Kreisverwaltung Trier-Saarburg statt. Auf der Tagesordnung stehen die Themen „Statistik 2016 - Entwicklung der Fallzahlen von GesB bei den verschiedenen beteiligten Institutionen/Teil 2“; „Sachstand bzgl. der neuen Verfahren bei high-risk-Fällen“ „Situation von geflüchteten Frauen, kommunales Schutzkonzept“ und „Psychosoziale Prozessbegleitung“.

Sonstige Informationen und Veranstaltungshinweise

Ministerin Spiegel trifft Konferenz der Frauenhäuser in Rheinland-Pfalz

Die „Konferenz der Frauenhäuser Rheinland-Pfalz“ ist der Zusammenschluss aller 17 Frauenhäuser in Rheinland-Pfalz. Am 15. März 2017 hat Frauenministerin Anne Spiegel die Mitglieder dieses Gremiums getroffen.

„Die Frauenhäuser leisten eine sehr wichtige Arbeit in diesem Bereich, um Frauen vor Gewalt zu schützen und dieser vorzubeugen“, dankte Ministerin Spiegel den Vertreterinnen der Frauenhäuser im Land. „Ich bin froh, dass wir im Doppelhaushalt 2017/18 die Zuschüsse für die Frauenhäuser deutlich erhöhen konnten.“

Neben einem Überblick über die sehr umfangreiche Arbeit mit den von Gewalt betroffenen Frauen, wurde auch das eigenständige Unterstützungsangebot für Mädchen und Jungen vorgestellt.

„Kinder sind immer von Beziehungsgewalt oder Partnergewalt mitbetroffen“, so betonten die Mitarbeiterinnen der Einrichtungen. „Sie müssen eigenständig in ihrer Betroffenheit wahr- und ernst genommen werden. Neben der sicheren Finanzierung der Arbeit mit den Frauen muss auch die Arbeit im Mädchen- und Jungenbereich finanziert werden“, stellten die Expertinnen fest.

Ebenso Thema in dem eineinhalbstündigen Gespräch waren auch die anderen „Sorgen“ der Frauenhausmitarbeiterinnen, die Ministerin Spiegel als Wunschliste überreicht wurden. Die „Konferenz der Frauenhäuser Rheinland-Pfalz“ wünscht sich unter anderem die Schaffung und Finanzierung einer Koordinierungsstelle, Frauenhausplätze für beeinträchtigte Frauen und ganz besonders die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser verfolgen mit großer Besorgnis, dass in den letzten Jahren die Verweildauer der Bewohnerinnen in den Häusern drastisch angestiegen ist. Die Frauen finden zeitnah kaum mehr bezahlbare Wohnungen. Konnten vor ca. 15 Jahren noch über 1.000 Frauen in einem Jahr aufgenommen werden, so waren es 2015 aufgrund der hohen Verweildauer nur noch etwas mehr als die Hälfte.

„Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum für die betroffenen Frauen auf dem freien Wohnungsmarkt. Gleichzeitig denken wir darüber nach, ein weiteres Frauenhauses im Norden des Landes zu fördern, um auf die aktuellen Kapazitätsengpässe zu reagieren“, sagte Ministerin Spiegel.



Sexuelle Übergriffe – ein Thema für die Schule?!

Seit vielen Jahren bieten die Frauennotrufe in Rheinland Pfalz in Kooperation mit dem Bildungsministerium die Fortbildung „Sexualisierte Gewalt - ein Thema für die Schule?! - Zum Umgang mit sexuellen Übergriffen in der Schule“ an. Die diesjährige ganztägige Veranstaltung findet an elf Standorten statt, die Fortbildung der Fachstelle zum Thema Sexualisierte Gewalt in Mainz zum Beispiel am 30. Mai 2017 in den Räumen des Bildungsministeriums.

Pressemitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz

In der Anlage abgedruckt sind die beiden Pressemitteilungen der LAG zu den Themen „Stalking“ und „Abschaffung der ärztlichen Mitteilungspflicht bei Gewalt“.

Fachtagung „Hilfeangebote bei Gewalt in Partnerschaften älterer Frauen und Männer“

Im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsprojekts „Niederschwellige Hilfeansätze“ bei Gewalt in Partnerschaften älterer Frauen und Männer“ am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain findet am 29. Juni 2017 von 9.30 bis 16:30 Uhr eine Fachtagung in Wiesbaden statt, die Ausschreibung ist in der Anlage abgedruckt.

Immer mehr Menschen wenden sich an das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen"

Über 34.400 Beratungen im Jahr 2016 – auch von immer mehr Frauen mit Fluchthintergrund

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ veröffentlichte Ende März den vierten Jahresbericht. Er zeigt: Im Jahr 2016 wurde das bundesweite Beratungsangebot über 34.400-mal per Telefon, Chat und E-Mail in Anspruch genommen. Das ist ein Anstieg von rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Seit 2013 verzeichnete das Hilfetelefon damit über 100.000 Beratungskontakte.

Am häufigsten wurde im vergangenen Jahr zu Fällen häuslicher Gewalt (circa 60 Prozent) und sexualisierter Gewalt (12 Prozent) beraten. In 16.000 Fällen konnten die Expertinnen des Hilfetelefons an örtliche Unterstützungseinrichtungen wie Frauenhäuser oder Beratungsstellen weitervermitteln.

Das mehrsprachige Beratungsangebot des Hilfetelefons wird häufig genutzt: In über 1.600 Beratungsgesprächen wurde eine Dolmetscherin hinzugezogen, im Vorjahr war das nur 700-mal der Fall. Deutliche Zuwächse gab es bei Beratungen auf Arabisch und Farsi, die unter den Fremdsprachen am häufigsten nachgefragt wurden. 944 Beratungen fanden im Flüchtlingskontext statt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wurde der Dolmetscherdienst des Hilfetelefons zum 1. Januar 2017 um Albanisch und Kurdisch erweitert. Beratungen mit Dolmetscherinnen sind nun in 17 Fremdsprachen möglich.

Den vollständigen Jahresbericht zum Download finden Sie hier: www.hilfetelefon.de/materialien-bestellen.html.



HILFE TELEFON
GEWALT GEGEN FRAUEN

08000 116 016

WWW.HILFETELEFON.DE

Informationen von der Landesebene

RIGG-Homepage

Anfang April sind etliche neue Informationen in der Rubrik RIGG-News/ Nachrichten erschienen: Einfach mal reinschauen! Unter folgendem link können Sie sich für den Newsletter anmelden: <https://mffjiv.rlp.de/de/themen/frauen/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/rigg-newsletter/>.

Landesweiter Runder Tisch

Der nächste Landesweite Runde Tisch (LRT) findet am Montag, 15. Mai 2017, um 10.00 Uhr im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz statt, er wird sich mit dem aktuellen gemeinsamen Schwerpunktthema „Geflüchtete Frauen und Gewalt“ befassen.

Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Runden Tische sind herzlich zu dieser Sitzung eingeladen. Zu TOP 1 konnte für einen Einleitungsvortrag zu den Gewalterfahrungen geflüchteter Frauen und ihrer Bedarfe Frau Denise Klein, AGISRA Köln, als Referentin – tätig im Auftrag von medica mondiale - gewonnen werden.

Im Anschluss an den Vortrag ist ein Austausch zum Stand der Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in den Landesaufnahmeeinrichtungen und in den Kommunen bzw. kommunalen Einrichtungen geplant. Dabei wird es auch um diesbezügliche Vernetzungsstrukturen und Ansprechpartner/innen zwischen Landes- und kommunaler Ebene gehen.

Das Fachreferat bittet um verbindliche Anmeldung bis zum 2. Mai 2017 an Frau Stephanie Jost (stephanie.jost@mffjiv.rlp.de, Tel.: 06131/16-4193).

Die Einladung, die am 10. April 2017 über den Verteiler der Regionalen Runden Tische verschickt wurde, ist in der Anlage noch einmal im Original abgedruckt

20 Jahre Leitstelle "Kriminalprävention" und 20 Jahre Landespräventionsrat

Das Innenministerium plant zum Jubiläum „20 Jahre Leitstelle "Kriminalprävention" und 20 Jahre Landespräventionsrat“ verschiedene Veranstaltungen und Publikationen und ruft dazu auf, sich zu beteiligen:

Am **Mittwoch, 6. September 2017**, veranstaltet die Leitstelle „Kriminalprävention“ einen **Tag der Prävention**, verbunden mit der Plenarsitzung des Landespräventionsrates.

Im Vorfeld dieses Tages sollen **vom 7. August bis 6. September 2017 Aktionswochen zur Prävention** ausgerufen werden.

Das Fachreferat im MFFJIV ist gebeten worden, **Informationen zu Aktionen und Veranstaltungen**, die zum Thema Kriminalprävention passen und die in diesem Zeitraum geplant sind, zu sammeln und an das Innenministerium weiterzuleiten. Dort ist geplant, die Termine öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Das Fachreferat bittet Sie deshalb um Rückmeldung, ob und ggfls. welche Präventionsveranstaltungen Sie in diesem Zeitraum planen, die hier genannt werden könnten. Nicht zuletzt würden Ihre Veranstaltungen auf diesem Weg noch einmal zusätzlich in der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Wegen der Zeitplanung des Innenministeriums bitte Rückmeldungen (Datum, Ort, Titel, kurze Inhaltsangabe, Anmeldemodalitäten, Veranstalter/in) **bis zum 5. Mai per Mail an Sabine.Amend-Schunke@mffjiv.rlp.de**.

Am Tag der Prävention selbst sollen in diesem Jahr im Rahmen von **Workshops ausgewählte Präventionsprojekte** vorgestellt werden. Aus den eingereichten Vorschlägen soll eine **Publikation** erstellt werden, die am Veranstaltungstag ausgelegt wird.

Dazu bittet das Innenministerium um eine kurze Vorstellung **besonders herausragender Projekte** oder **Ihrer Arbeit im Rahmen der Prävention allgemein**.

Zur einheitlichen Darstellung wird ausdrücklich um die Einhaltung **folgender Rahmenbedingungen** gebeten:

- - Umfang der Präsentation rund 3.500 Zeichen (2 DIN A 4 Seiten);
- - Bis zu vier Fotos in der Auflösung mind. 300 dpi oder 500 kb;
- - mit Bildunterschrift;
- - Angabe der Bildquelle sowie Informationen zu den Bildrechten (Copyright des Fotografen und ggf. Erlaubnis der abgebildeten Personen zur Veröffentlichung);
- - Angabe der Ansprechpartnerinnen, möglichst mit Foto, Telefon, Adresse, E-Mail, Internetseite.

Für Rückfragen zu den formalen Vorgaben wenden Sie sich bitte an Frau Messerschmidt, Innenministerium, Tel. 06131/163941.

Zudem plant das Innenministerium auch die **Ehrung einer Persönlichkeit, die sich im Präventionsbereich besonders verdient gemacht** hat.

Das Mdl schreibt dazu:

„20 Jahre erfolgreiche Kommunale Kriminalprävention wären nicht möglich gewesen, ohne das besondere Engagement von Persönlichkeiten in den kommunalpräventiven Gremien. Dem möchten wir seitens der Leitstelle Rechnung tragen und im Rahmen des Jubiläums am 6. September 2017 das Engagement von Persönlichkeiten der Kommunalen Kriminalprävention würdigen.

Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie Persönlichkeiten aus Ihrem Umfeld für eine Ehrung vorschlagen. Das Mdl bittet dazu um folgende Angaben: Name, Funktion, Adresse, Begründung (max. eine DIN A4 Seite).

Diese Anfrage ist nicht nur auf Mitglieder der Kriminalpräventiven Räte beschränkt. Ziel der Veranstaltungen zum Jubiläum ist es, möglichst die ganze Bandbreite von Kriminalprävention im Land darzustellen. Deshalb ist es auch angedacht – je nach eingehenden Rückmeldungen – mehrere Personen zu ehren.

Wegen der Terminvorgaben des Mdl bitte Vorschläge **bis zum 5. Mai per Mail an** Sabine.Amend-Schunke@mffjiv.rlp.de.

Zum Schluss

Wie immer ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die Informationen zu dieser Ausgabe beigesteuert haben!

Die nächsten RIGG-Infos erscheinen Ende Juni. Der Redaktionsschluss ist am 19. Juni 2017, bis dahin bitte alle Beiträge, die veröffentlicht werden sollen, per eMail senden an Büro Plan B, Buero-PlanB@gmx.net.

An die

Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Runden Tische

Vertreterinnen der Vernetzungsstellen „Gewaltschutz für geflüchtete Frauen“

Vertreterinnen der vom Bundesfamilienministerium zum Schutz von Frauen und Kindern eingesetzten Koordinierungsstellen

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die im Rahmen der Abfrage zum Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Kommunen rückgemeldet haben

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie herzlich einladen, an der nächsten Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) innerhalb von RIGG teilzunehmen.

Die Sitzung findet statt am

Montag, den 15. Mai 2017,

10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend,

Integration und Verbraucherschutz

Besprechungsraum 600

Kaiser-Friedrich-Straße 5a

55116 Mainz.

Tagesordnung:

TOP 1: Fachgespräch zum gemeinsamen Schwerpunktthema des LRT und der RRT
„Geflüchtete Frauen und Gewalt“

TOP 2: Ergebnisse der Umfrage bei den RRT zum vorherigen Schwerpunktthema „Ältere Frauen und Gewalt“

TOP 3: Berichte und Informationen/Sonstiges.

Zu TOP 1 konnte für einen Einleitungsvortrag zu den Gewalterfahrungen geflüchteter Frauen und ihrer Bedarfe Frau Denise Klein, AGISRA Köln, als Referentin – tätig im Auftrag von medica mondiale - gewonnen werden.

Im Anschluss an den Vortrag ist ein Austausch zum Stand der Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in den Landesaufnahmeeinrichtungen und in den Kommunen bzw. kommunalen Einrichtungen geplant. Dabei wird es auch um diesbezügliche Vernetzungsstrukturen und Ansprechpartner/innen zwischen Landes- und kommunaler Ebene gehen.

Wir bitten Sie um Ihre verbindliche Anmeldung bis zum **2. Mai 2017** an Frau Stephanie Jost (stephanie.jost@mffjiv.rlp.de, Tel.: 06131/16-4193).

--

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Stephanie Jost

Abteilung Frauen – Referat 753

Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenslagen

MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND

INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Kaiser-Friedrich-Straße 5a

55116 Mainz

Telefon +49 6131 16-4193

Telefax +49 6131 1617-4193

stephanie.jost@mffjiv.rlp.de

www.mffjiv.rlp.de

Erreichbarkeit: Montag - Donnerstag vormittags

Vorstellung der Frankfurter Plakatkampagne beim „Arbeitskreis gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen Koblenz“



Foto und Copyright: Frauennotruf Frankfurt



Foto und Copyright: Frauennotruf Frankfurt



Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz

Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt

c/o Frauennotruf Mainz Kaiserstraße 59-61, 55116 Mainz, Tel.:
06131/221213

<http://www.frauennotruf-mainz.de/lag-rlp/adressen.php>

Mainz, 3. April 2017

Pressemitteilung: Neues Stalking-Gesetz ist in Kraft

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz, ein Zusammenschluss der Fachstellen zum Thema sexualisierte Gewalt, begrüßt die Reform des Stalking-Gesetzes. Die Änderung des §238 StGB „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellung“ ist seit März 2017 in Kraft und hat ab sofort Gültigkeit.

Die Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz beschäftigen sich seit langem mit dem Thema Stalking/Nachstellungen weil viele Frauen und Mädchen die von sexualisierter Gewalt und Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffen sind zusätzlich vom Täter gestalkt werden. Über 80% der Betroffenen sind Frauen. Männer stellen 86% der Täter, in vielen Fällen ist es der Ex-Partner.

Untersuchungen haben gezeigt, dass Stalking weitreichende Auswirkungen auf die Lebensgestaltung und die persönliche Freiheit der Betroffenen hat. „In der Beratungspraxis der Frauennotrufe ist Stalking seit Jahrzehnten bekannt: der permanente (Psycho-) Terror gegen Frauen beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Betroffenen, sie sind stark verunsichert und leiden unter dem Gefühl, fremdbestimmt und ohnmächtig dem Geschehen ausgeliefert zu sein.“ erläutert Eva Jochmann vom Frauennotruf in Mainz.

Stalking bezeichnet eine Ansammlung zahlreicher Einzelhandlungen: anhaltendes und wiederkehrendes Auflauern vor dem Haus oder am Arbeitsplatz, Verfolgung, ständige Telefonanrufe, bis zu Hunderten SMS und e-mails pro Tag, Verbreitung von Gerüchten am Arbeitsplatz, Sachbeschädigung, Einbruch, Körperverletzung oder das Einstellen intimer Fotos ins Internet sind Beispiele dafür.

Seit 2007 ist Stalking eine Straftat. Dennoch bestand für viele Betroffene nicht die Möglichkeit, den Täter auch strafrechtlich verfolgen zu lassen. Denn bisher mussten die Betroffenen zur Erfüllung des Straftatbestandes einschneidende Veränderungen ihrer Lebensumstände nachweisen wie beispielsweise einen Wohnungs- oder Arbeitsplatzwechsel. Eine gravierende psychische Belastung reichte nicht aus. „Das Gefühl der Ohnmacht wurde somit durch fehlende rechtliche Möglichkeiten weiter verstärkt“, berichtet Astrid Rund vom Frauennotruf Rhein-Hunsrück-Kreis aus der Beratungspraxis.

Mit der in Kraft getretenen Reform des § 238 StGB soll diese Lücke geschlossen werden: nach dem neuen Gesetz sind zukünftig alle unerwünschten Nachstellungen strafbar, auch wenn sie nicht zu einer Veränderung der äußeren Lebensumstände geführt haben.

„Wir halten das für einen Schritt in die richtige Richtung“, sind sich die Mitarbeiterinnen der Frauennotrufe einig. „Die schwerwiegenden Folgen für Betroffene von Stalking müssen auch in der Gesetzgebung berücksichtigt werden.“

Verantwortlich:

Eva Jochmann, Frauennotruf Mainz

Astrid Rund, Frauennotruf Rhein – Hunsrück – Kreis

Für die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe RLP



Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz

Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt

c/o Frauennotruf Mainz Kaiserstraße 59-61, 55116 Mainz, Tel.:
06131/221213

<http://www.frauennotruf-mainz.de/lag-rlp/adressen.php>

§294a SGB V: Frauennotrufe in Rheinland Pfalz begrüßen Abschaffung der ärztlichen Mitteilungspflicht bei Gewalt

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland Pfalz begrüßt die Abschaffung der ärztlichen Mitteilungspflicht an die Krankenkassen in Fällen von Gewalt und somit die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts und den Schutz von gewaltbetroffenen Patientinnen und Patienten:

Am 10.4.2017 ist das neue Gesetz „zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung“ im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Das bedeutet: Ab jetzt tritt die darin enthaltene Abschaffung der ärztlichen Mitteilungspflicht an die Krankenkassen in Fällen von Gewalt in Kraft.

Ärztinnen und Ärzte sind nun nicht mehr verpflichtet, gegenüber den Krankenkassen ihre Schweigepflicht zu brechen und ihnen über gewaltverursachte Gesundheitsschäden zu berichten, damit diese Regressansprüche prüfen können. Das ist eine sehr zu begrüßende Stärkung der ärztlichen Schweigepflicht und gibt gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen mehr Sicherheit über die Vertraulichkeit bei der ärztlichen Versorgung nach Vergewaltigung oder anderen Formen von Gewalt. „Viele betroffene Frauen unterlassen eine medizinische Versorgung nach sexueller Gewalt, weil sie befürchten, dass Einzelheiten zu dem für sie mit Scham besetzten Übergriff weitergegeben werden“, wissen die Mitarbeiterinnen aus den Fachstellen zu sexualisierter Gewalt. „Insbesondere wenn der Täter aus dem nahen sozialen Umfeld kommt, ist es für Betroffene oft nicht denkbar, die Tat öffentlich zu machen und den Täter damit zu konfrontieren.“ Die LAG der Frauennotrufe in RLP problematisierte dies bereits Ende der 90er Jahre und freut sich über den Erfolg der langjährigen Lobbyarbeit hierzu.

Die Abschaffung der Mitteilungspflicht gilt für alle Formen von Gewalt und die dadurch verursachten Gesundheitsschäden - beispielsweise auch um Schäden wie Schlafstörungen, die durch Stalking verursacht wurden.

Die Krankenkassen können nach wie vor Regressprüfungen vornehmen, wenn sie vermuten, dass ein Gesundheitsschaden durch Gewalt verursacht wurde – hier ändert die neue gesetzliche Regelung nichts. Die Möglichkeit zur Mitteilung besteht also noch – allerdings nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Patientin oder des Patienten. „Das bedeutet mehr Kontrolle und Transparenz für Betroffene und das ist ein wichtiger Aspekt nach einer Gewalterfahrung“, erläutern die Fachfrauen. Sie erhoffen sich auch eine Sensibilisierung für die Situation von gewaltbetroffenen Frauen bei Akteurinnen und Akteuren im medizinischen Bereich.

11.04.2016 Verantwortlich. Anette Diehl Frauennotruf Mainz für die LAG

Der Wortlaut der Ergänzung des §294a SGB V heißt wie folgt:

„Bei Hinweisen auf drittverursachte Gesundheitsschäden, die Folge einer Misshandlung, eines sexuellen Missbrauchs, eines sexuellen Übergriffs, einer sexuellen Nötigung oder einer Vergewaltigung einer oder eines volljährigen Versicherten sein können, besteht die Mitteilungspflicht nach Satz 1 nur dann, wenn die oder der Versicherte in die Mitteilung ausdrücklich eingewilligt hat.“

FRAUENNOTRUF

MAINZ e.V. FACHSTELLE ZUM THEMA
SEXUALISIERTE GEWALT

FRAUENNOTRUF MAINZ E.V.// KATZERSTRASSE 59-61 //55116 MAINZ

Kaiserstraße 59-61

55116 Mainz

TELEFON 06131 - 22 12 13

FAX 06131 - 9 72 66 93

E-MAIL info@frauennotruf-mainz.de

WEB www.frauennotruf-mainz.de

April 2017

Pressemeldung

Sexuelle Übergriffe – ein Thema für die Schule?!

Frauennotrufe bieten Fortbildung an

Seit vielen Jahren bieten die Frauennotrufe in Rheinland Pfalz in Kooperation mit dem Bildungsministerium die Fortbildung „Sexualisierte Gewalt - ein Thema für die Schule?! - Zum Umgang mit sexuellen Übergriffen in der Schule“ an. Die diesjährige ganztägige Veranstaltung findet an elf Standorten statt, die Fortbildung der Fachstelle zum Thema Sexualisierte Gewalt in Mainz zum Beispiel am 30. Mai 2017 in den Räumen des Bildungsministeriums info@frauennotruf-mainz.de.

Das Thema „Sexuelle Gewalt, sexualisierte Grenzüberschreitungen an Schulen“ wird nach wie vor viel diskutiert – insbesondere im Zusammenhang mit Themen wie Entwicklung von Werten und Rollenbildern. Lehr- und Fachkräfte an Schulen können sich bei der eintägigen Veranstaltung mit dem Problembereich sexualisierter Gewalt und sexuellen Grenzverletzungen auseinandersetzen, ihre individuelle Haltung überprüfen und im Umgang mit dem immer noch tabuisierten Thema an Sicherheit und Klarheit gewinnen.

Neben Informationen über Formen und mögliche Folgen sexualisierter Gewalterfahrungen wird die Sensibilisierung für Gefühle und Handlungsweisen der Betroffenen und deren Ressourcen thematisiert. „Denn Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Fachkräfte in der Schulsozialarbeit sind oftmals die ersten und wichtigsten Ansprechpersonen für betroffene Schülerinnen und Schüler“, weiß Referentin Anette Diehl vom Frauennotruf Mainz.

Umso wichtiger sei die Herstellung von Handlungskompetenz, um angemessen mit dem Thema – aber auch mit Betroffenen und Übergriffigen umzugehen.

Verantwortlich: Anette Diehl (www.Frauennotruf-Mainz.de)



Themen, die Tabus brechen

Runder Tisch Rhein-Westerwald präsentiert Broschüren

WESTERWALDKREIS.

Gleich drei in der Öffentlichkeit eher gemiedene Themen greifen die Broschüren des Runden Tisches Rhein-Westerwald auf: Gewalt in der Pflege, männliche Opfer häuslicher Gewalt und die transgenerationale Weitergabe von Traumata. Gemieden werden sie, weil sie Tabus brechen und sich aufgrund ihrer Komplexität keine einfachen Problemlösungen finden.

Schon das Thema Gewalt in der Pflege hat viele Facetten und ist äußerst komplex: Nicht nur Gepflegte werden Opfer von Pflegenden, auch umgekehrt können Krankheiten aus den friedlichsten Menschen Wutmenschen machen. Hinzu können finanzielle und/oder psychische Abhängigkeiten kommen. Die betroffenen Familien sind häufig isoliert und der Pflegedienst



Stellten die Broschüre vor: (von links) Achim Hallerbach, Beigeordneter des Landkreis Neuwied, Doris Eyl-Müller, Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Neuwied, und Beate Ullwer, Gleichstellungsbeauftragte des Westerwaldkreises.

der einzige Besuch. Nicht weniger kompliziert ist das Problem bei männlichen Opfern häuslicher Gewalt. Nicht nur, dass es keine Hilfeeinrichtungen für Männer im ländlichen Raum gibt, auch die Vorstellung, dass Männer Opfer von Partnerinnen werden, ist kaum vereinbar mit dem Männerbild

in unserer Gesellschaft. „Ich bin froh, dass der Runde Tisch Rhein-Westerwald sich nicht scheut Themen aufzugreifen, die mit einem Tabu belegt sind“, betont Achim Hallerbach, 1. Kreisbeigeordneter des Landkreises Neuwied. „Der Runde Tisch ist mit vielen seiner Diskussionen seiner Zeit voraus. Wenn Probleme

nicht besprochen werden, heißt das nicht, dass es sie nicht gibt. Schweigen stabilisiert soziale Systeme, in denen Gewalt herrscht“, lobt Achim Hallerbach. „Am Runden Tisch arbeiten Organisationen aus allen Bereichen um die Hilfestruktur für betroffene Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen zu verbessern. Dazu gehört auch ein großes Maß an Fortbildung um über neue Entwicklungen informiert zu sein und Aspekte aufzugreifen, die zunächst nicht augenscheinlich zum Thema gehören“, betonen die Gleichstellungsbeauftragten Beate Ullwer (Westerwaldkreis) und Doris Eyl-Müller (Landkreis Neuwied).

⇒ Die Broschüren können bei der Gleichstellungsstelle des Westerwaldkreises per E-Mail an gleichstellungsstelle@westerwaldkreis.de oder ☎ (02602) 12 46 06 angefordert werden.



Von neuer Broschüre angetan (von rechts): Beate Ullwer, Gleichstellungsbeauftragte des Westerwaldkreises, Doris Eyl-Müller, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Neuwied, und Achim Hallerbach, Beigeordneter des Landkreises Neuwied.

Foto: Pressestelle der Kreisverwaltung

Broschüre über Tabu-Themen erschienen

Hilfe Runder Tisch Rhein-Westerwald greift Gewalt gegen Männer und in der Pflege auf

■ **Westerwald.** Gleich drei in der Öffentlichkeit eher gemiedene Themen greifen die Broschüren des Runden Tisches Rhein-Westerwald auf: Gewalt in der Pflege, männliche Opfer häuslicher Gewalt und die transgenerationale Weitergabe von Traumata. Gemieden würden sie, weil sie Tabus brechen und sich aufgrund ihrer Komplexität keine einfachen Problemlösungen finden, sind sich die Herausgeber einig. Schon das Thema Gewalt in der Pflege habe viele

Facetten und sei äußerst komplex: Nicht nur Gepflegte werden Opfer von Pflegenden, auch umgekehrt können Krankheiten aus den friedlichsten Menschen Wutmenschen machen. Hinzu können finanzielle und/oder psychische Abhängigkeiten kommen. Die betroffenen Familien sind häufig isoliert, und der Pflegedienst ist oft der einzige Besuch. Nicht weniger kompliziert sei das Problem bei männlichen Opfern häuslicher Gewalt. Nicht nur, dass es keine Hilfeinrichtun-

gen für Männer im ländlichen Raum gibt, auch die Vorstellung, dass Männer Opfer von Partnerinnen werden, sei kaum vereinbar mit dem Männerbild in unserer Gesellschaft.

„Am Runden Tisch arbeiten Organisationen aus allen Bereichen zusammen, um die Hilfestruktur für betroffene Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen zu verbessern. Dazu gehört auch ein großes Maß an Fortbildung, um über neue Entwicklungen infor-

miert zu sein und Aspekte aufzugreifen, die zunächst nicht augenscheinlich zum Thema gehören“, betonen die Gleichstellungsbeauftragte Beate Ullwer (Westerwaldkreis) und Doris Eyl-Müller (Landkreis Neuwied).

⊕ Die Broschüren können bei der Gleichstellungsstelle des Westerwaldkreises per E-Mail an gleichstellungsstelle@westerwaldkreis.de oder telefonisch 02602/124 606 angefordert werden.

Fachtagung in Wiesbaden

ANMELDUNG

Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt, wir bitten deshalb um eine verbindliche Anmeldung bis 15.06.2017

per E-Mail an:

Angela Merkle

angela.merkle@hs-rm.de

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei

VERANSTALTUNGSORT

Hochschule RheinMain
Fachbereich Sozialwesen
Kurt-Schumacher-Ring 18
65197 Wiesbaden
Gebäude E, Raum 114

GEFÖRDERT DURCH

Die Tagung wird gefördert durch:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



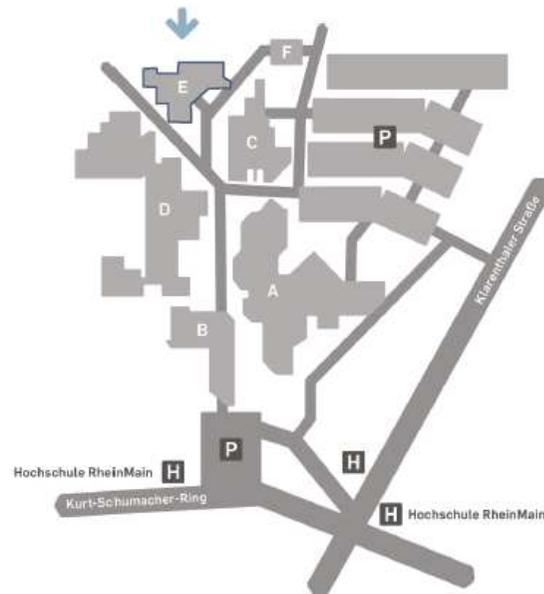
FORSCHUNG AN
FACHHOCHSCHULEN



FFZ
Gender- und Frauen-
Forschungszentrum
an rheinischen Hochschulen

WEGBESCHREIBUNG

Gebäude E Raum 114



Anreise mit dem Auto:

In begrenzter Zahl stehen Parkplätze an der Hochschule kostenfrei zur Verfügung.

Anfahrt mit ÖPNV:

Ab Hauptbahnhof: Buslinie 14 Richtung Klarenthal.



Hochschule RheinMain
University of Applied Sciences
Wiesbaden Rüsselsheim

Fachtagung

Hilfeangebote bei Gewalt in Paarbeziehungen älterer Frauen und Männer



29.06.2017
09:30 – 16:30 Uhr

Hochschule RheinMain
Fachbereich Sozialwesen
Wiesbaden

KURZINFO

Von Gewalt in der Paarbeziehung (Häusliche Gewalt) sind auch ältere Frauen und Männer betroffen, denn in langjährigen Gewaltbeziehungen endet auch mit fortschreitendem Alter physische, psychische und sexuelle Gewalt nicht. Krisenhafte Lebensereignisse wie Verrentung, nachlassende Gesundheit und mögliche soziale Isolation können das gewaltförmige Austragen von Konflikten aber auch erstmals auslösen. Obwohl es in Deutschland ein relativ dichtes Netz an Hilfe-einrichtungen bei Häuslicher Gewalt gibt, suchen gerade Senior*innen (60+) diese in den seltensten Fällen auf.

Das vom BMBF geförderte Forschungsprojekt „Niederschwellige Hilfeansätze“ bei Gewalt in Paarbeziehungen älterer Frauen und Männer“ am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain verfolgt das Ziel, Wege zu suchen die Erreichbarkeit dieser heterogenen Betroffenengruppe zu verbessern. Anknüpfend an bereits vorliegende Erkenntnisse, wonach es vor allem niederschwelliger, sozialraumorientierter Angebote bedarf, fragt das Projekt nach den Zugangsmöglichkeiten von ehrenamtlich tätigen „Lots*innen“ im Senioren-, Gesundheits- und Integrationsbereich zu älteren Gewaltbetroffenen.

Die Fachtagung soll dazu dienen, Fachkräfte aus den sozialen Diensten im Bereich der häuslichen Gewalt und der Senior*innenarbeit mit Ehrenamtlichen und Wissenschaftler*innen in den Erfahrungs- und Wissensaustausch zu bringen. Neben Vorträgen zu Forschungsbefunden und Hilfeansätzen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz bieten moderierte Foren Raum, um gezielt Fragen und Ideen zur Erreichbarkeit der Zielgruppe zu diskutieren.

TAGUNGSPROGRAMM

09.30 - 09.45

Begrüßung durch die Veranstalterinnen
Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler und Prof. Dr. Reinhild Schäfer

09.45 - 10.00

Einführung durch die Projektmitarbeiterinnen
„Problemstellung und Ziele der Fachtagung“
Angela Merkle und Franziska Peters, HS RheinMain

10.00 - 10.45

Interaktive Kurzdiskussionen von Statements zu Gewalt in Paarbeziehungen älterer Frauen und Männer

10.45 - 11.30

Vortrag und Diskussion:
„Partnergewalt gegen ältere Frauen - Befunde und Perspektiven für Prävention und Intervention“
Sandra Kottenga, Zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V., Göttingen

11.30 - 12.15

Vortrag und Diskussion:
„Gewalt in Paarbeziehungen gegen ältere Frauen. Befunde aus Österreich“
Dr. Birgitt Haller, Institut für Konfliktforschung, Wien

12.15 - 13.00

Mittagspause (Imbiss)

13.00 - 13.45

Vortrag und Diskussion:
Projekt „StoP“ = Stadtteil ohne Partnergewalt“
Ewgenia Falkenberg und Simone Bock, Hamburg

13.45 - 14.30

Vortrag und Diskussion:
„Interventionen bei häuslicher Gewalt an älteren Menschen - Erfahrungen aus der Schweiz“
Dr. Albert Wettstein, Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter (UBA), Zürich

14.30 - 14.45

Kaffeepause

14.45 - 16.15

Moderierte Diskussionsforen zu niederschwelligen Hilfeangeboten (World Café)
Moderation: Nicole Himmelbach, Angela Merkle, Franziska Peters, N.N.

16.15 - 16.30

Ergebnisse aus den Foren

16:30

Verabschiedung



Hochschule RheinMain
University of Applied Sciences
Wiesbaden Rüsselsheim